

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 19. Oktober 2012 - Nr. 244 / 42 D 1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,10 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Viele Tote bei Luftangriff des Assad-Regimes

mr. KAIRO, 18. Oktober. Bei einem Luftangriff des Assad-Regimes sollen am Donnerstag 20 Personen getötet worden sein, unter ihnen viele Kinder. Das berichtete die Nachrichtenagentur AFP unter Berufung auf Ärzte in der seit zehn Tagen von Aufständischen kontrollierten strategisch wichtigen Gemeinde zwischen der Hauptstadt Damaskus und dem seit Monaten heftig umkämpften Aleppo. Über die Autobahn, an welcher der Ort liegt, organisieren Einheiten von Machthaber Baschar al Assad den Nachschub nach Aleppo. Der iranische Präsident Mahmud Ahmadineschad sprach sich unterdessen für einen Waffenstillstand zwischen Aufständischen und Regierungseinheiten in Syrien aus. Die kuweitsche Zeitung „Al Anbaa“ zitierte ihn am Donnerstag mit den Worten: „Ein Waffenstillstand muss erreicht und danach ein Dialog begonnen werden.“ Gemeinsam mit der Türkei, Ägypten und Saudi-Arabien bildet Iran ein „Quartett“, das sich für die Beendigung des Bürgerkrieges in Syrien einsetzt. Anders als Saudi-Arabien und die Türkei ist Iran gegen die Absetzung Assads.



Das erste Mal: Kanzlerin Angela Merkel wirkte nicht sonderlich aufgeregt vor dem ersten Kanzlerkandidatenauftritt Peer Steinbrücks im Bundestag; Steinbrück, hier noch beschützt von Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier, aber auch nicht.

Foto: Laif

Heute

Eine zweite Museumsinsel

Im Meinungsstreit um die Berliner Gemäldegalerie blicken alle auf das Bodemuseum. Dabei liegt die Lösung am Kulturforum hinter dem Potsdamer Platz. **Feuilleton, Seite 31**

Per Bahn ins Rathaus

Kurz vor der Stichwahl um Stuttgarts Oberbürgermeisteramt ist die Debatte über den Brandschutz für den Neubau des Hauptbahnhofs wieder entbrannt. Das könnte dem Grünen-Kandidaten helfen. **Politik, Seite 5**

Ungeliebter Lebenskünstler

Im Vorstand der Piraten gibt es viele, die den politischen Geschäftsführer loswerden möchten, Johannes Pöner ist ihnen zu unseriös. Ob dann mehr mit dem Vorsitzenden Schlömer zufrieden wären? **Politik, Seite 5**

Prost Deutschland!

Lange befand sich die deutsche Gastronomie in New York im Niedergang. Doch in kurzer Zeit haben jetzt wieder deutsch angehauchte Lokale aufgemacht und locken mit deutschem Bier. **Wirtschaft, Seite 12**

Aufbruch mit Hindernissen

Zwischen Tradition und Träumen: Der SC Magdeburg strebt in der Handball-Bundesliga nach schwierigen Jahren wieder nach oben – zumindest in kleinen Schritten. **Sport, Seite 29**

Schlendrian allenthalben

Katharina Wagner sollte am Teatro Colón in Buenos Aires den „Ring des Nibelungen“ in einer Kurzfassung inszenieren. Nachdem sie die Kulissen gesehen hatte, reiste sie umgehend ab. **Feuilleton, Seite 31**

Neue Chance für Reits

In anderen Ländern sind Reits eine etablierte Immobilien-Anlageklasse, in Deutschland nicht. Mit einer verschärften Regulierung der Immobilienfonds tun sich neue Chance auf. **Immobilienmarkt, Seite 37**

Mitteilung des Verlags:

Immobilien- und Beteiligungsanzeigen auf den Seiten 25 und 38 bis 40
8 Seiten Verlagsbeilage „Diabetes“

Handfester Streit zwischen Deutschland und Frankreich

Merkel und Hollande uneins über Weiterentwicklung der Währungsunion / EU-Gipfel

mas./nbu./wmu. BERLIN/BRÜSSEL, 18. Oktober. Das EU-Gipfeltreffen zur Weiterentwicklung der Währungsunion in Brüssel hat am Donnerstag mit einem handfesten Streit zwischen Deutschland und Frankreich begonnen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unterstützte in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag den Vorschlag von Finanzminister Wolfgang Schäuble (ebenfalls CDU), die Position des EU-Währungskommissars zu stärken. Dieser sollte nach Schäubles Vorstellungen nationale Haushalte der Euro-Staaten zurückweisen können, wenn diese den stabilitätspolitischen Verabredungen widersprechen. Frankreichs Präsident François Hollande widersprach dagegen der deutschen Lesart, dass im Zentrum des Gipfels die verbesserte Aufsicht über die nationale Haushaltspolitik stehen müsse. Zu Beginn des Treffens sagte er: „Das Thema dieses Gipfels ist nicht die Fiskalunion, sondern die Bankenunion.“ Als einzige Entscheidung müssten die Staats-

und Regierungschefs sicherstellen, dass die geplante Bankenaufsicht für den Euro-Raum schnell auf den Weg gebracht werde. Hollande wollte durchsetzen, dass die neue Aufsicht schon zum Jahreswechsel ihre Arbeit aufnehmen kann.

Merkel hatte dagegen am Morgen im Bundestag vor überzogenen Erwartungen in diesem Punkt gewarnt. Bei der geplanten Bankenunion gehe „Qualität vor Schnelligkeit“. Es müssten bei der neuen europäischen Bankenaufsicht noch sehr komplexe rechtliche Fragen gelöst werden. Eine direkte Rekapitalisierung von Banken durch den Euro-Rettungsschirm ESM, auf die Spanien hofft, könne es erst geben, wenn eine effektive Aufsicht die Arbeit aufgenommen habe. Das Europaparlament werde es in diesem Jahr nicht mehr schaffen, dazu Beschlüsse zu fassen. Am Gipfeltag wurde zudem ein juristisches Gutachten des EU-Ministerrats bekannt, das einen schnellen Abschluss dieses Verfahrens noch unwahrscheinlicher werden

lässt. Die Ratsjuristen halten die Ansidlung der Aufsicht in der Europäischen Zentralbank in der geplanten Form für europarechtswidrig.

Hollande mahnte dagegen zur Eile, damit Spanien sich wieder zu guten Bedingungen finanzieren könne. Er erklärte Merks harte Haltung „vielleicht mit Gründen, die im Wahlkalender liegen“, appellierte aber an die „gemeinsame Verantwortung“ Deutschlands und Frankreichs, den Euro-Raum aus der Krise zu führen. „Es ist das Beste, die Entscheidungen zu respektieren, die wir gemeinsam getroffen haben.“ Merkel und Hollande kamen vor Gipfelbeginn zusammen.

Aus dem Europaparlament wurden Bedenken gegen deutsche Überlegungen geäußert, zur Stärkung der demokratischen Kontrolle im Euro-Raum den EU-Abgeordneten aus den Euroländern exklusive Abstimmungsrechte zu verleihen. (*Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2; siehe Seite 3 und 10 sowie Wirtschaft, Seite 13.*)

Streitbarer Auftritt im NSU-Untersuchungsausschuss

Staatssekretär: Vorwurf der Vertuschung durch Behörden unhaltbar / Abgeordnete empört

pca. BERLIN, 18. Oktober. Bei seiner Vernehmung im NSU-Untersuchungsausschuss hat der Innenstaatssekretär Klaus-Dieter Fritsche die fehlende Zentralkompetenz des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) beklagt. Er selbst habe dafür bereits als Vizepräsident des BfV in den neunziger Jahren vergeblich geworben. Fritsche sagte, dem Bundesamt hätten bis zur Aufdeckung der rechtsterroristischen Terrorzelle im vergangenen November lediglich zwanzig Prozent des tatsächlich relevanten Aktenmaterials und der Kenntnisse der Landesämter zur Verfügung gestanden. „Der Verfassungsschutzverband hat hier nur rudimentäre Früchte getragen.“

Fritsche nutzte die Gelegenheit eines Eingangsvortrags für ein engagiertes Plädoyer zugunsten der Sicherheitsbehörden und zur Verteidigung des Systems der V-Leute. Gegen den rasch steigenden Un-

mut des Ausschussvorsitzenden Sebastian Edathy (SPD) wies er Kritik an den Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit den NSU-Ermittlungen zurück und sprach im Zusammenhang mit den Untersuchungsausschüssen von einem „Skandalisierungswettbewerb“. Es sei „ehrlich fort, ungerechtfertigt, „beleidigend Kritik, Spott und Hohn“ an einen ganzen Berufszweig von Polizisten und Verfassungsschutzern zu richten. Der Vorwurf „aktiver Vertuschung“ gegen Sicherheitsbehörden sei „unhaltbar“. „Nicht nachvollziehbar“ sei der Vorwurf, die Bundesregierung gebe nicht genug Informationen frei. Es sei ihm daher „ein Anliegen, die weiteren Schranken zu nennen“, welche Akten-Offenlegungen verhinderten, sagte Fritsche.

Der Abgeordnete Wolfgang Wieland (Grüne) bat Fritsche darauf, zur Sache zu sprechen und „hier nicht allgemeine Staatsbürgerkunde und Verdächtigungen

in den Raum zu bringen“. Fritsche berief sich dagegen auf gesetzliche Regelungen und auf den „Staatswohl“-Gedanken. Diesen zu vertreten reklamierte er zum Verdruss der Abgeordneten vor allem für sich und das Bundesministerium des Inneren. Fritsche umwob seine Ausführungen mit rechtsphilosophischen und politikwissenschaftlichen Erwägungen wie beispielsweise: „Terrorismus steht immer auch für eine Kommunikationsstrategie, wie der Soziologe Peter Waldmann betont.“

Mit der Feststellung: „Es gibt Grenzen dessen, was man hier hinnehmen muss“ unterbrach schließlich der Ausschussvorsitzende Edathy den Vortrag für eine Beratungssitzung. Später sagte Fritsche, er habe mit seinen Mahnungen insbesondere die im Saal anwesenden Pressevertreter gemeint. Daraufhin rieten Ausschussmitglieder Fritsche, er möge zu diesem Zweck besser eine Pressekonferenz einberufen.

Weiter Streit über Krippenplatzgeld

Lt. BERLIN, 18. Oktober. Bund und Länder streiten weiter über die Krippenplätze, zu denen die 580 Millionen Euro vergeben werden, die der Bund zur Förderung des Ausbaus von Krippenplätzen zur Verfügung stellen soll. Die Bundesregierung ist der Auffassung, die Konditionen, unter denen das Geld gezahlt werden soll, seien mit den Ländern besprochen worden. Die Ministerpräsidenten Tillich und Haseloff (beide CDU) bestreiten dies. (*Siehe Seite 4; Kommentar Seite 10.*)

Wolfgang Menge gestorben

miha. FRANKFURT, 18. Oktober. Der Journalist und Drehbuchautor Wolfgang Menge ist am Mittwoch in Berlin im Alter von 88 Jahren gestorben. Menge schrieb Bücher für den „Tatort“, erfand die Krimifigur des Zollfahnders Kressin, die Talkshow „3 nach 9“ und entwarf legendäre Stücke für das Fernsehen wie den Film „Das Millionenspiel“ und die satirische Serie „Ein Herz und eine Seele“ mit dem von Heinz Schubert gespielten „Ekel“ Alfred Tetzlaff. (*Siehe Medien.*)

Im Umbaufuror

Von Klaus-Dieter Frankenberger

Zumindest das erinnerte entfernt an alte Gepflogenheiten, an deutsch-französische Absprachen und Initiativen vor einem europäischen Gipfeltreffen: Vor der Zusammenkunft im großen Kreis tauschten Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Hollande sich erst einmal untereinander aus. Zu besprechen gab es ja reichlich, und wenn der Eindruck nicht täuscht, haben die Gegensätze überwogen. Frau Merkel, da ist sie ganz bei ihrem Finanzminister, will einen Sparkommissar in Brüssel inthronisieren, der in die Haushaltspolitik der Mitgliedsländer hineinregieren kann und Fiskaldisziplin erzwingen soll; bei der Bankenaufsicht hat sie keine Eile. Hollande dagegen kann es bei der Bankenunion nicht schnell genug gehen; er hat das Thema Eurobonds wieder aufgewärmt und von den wettbewerbsstarken Exportländern eine Ankurbelung der Binnennachfrage verlangt – unschwer zu erraten, wen er im Blick hat: Deutschland. Und natürlich sieht er Paris dazu berufen, andere davon zu überzeugen, dass Sparen nicht alles ist. Schon blöd mit den Schulden.

Als ein Herz und eine Seele sind Kanzlerin und Präsident also nicht in eine Gipfelkonferenz gegangen, bei der, man kann es kaum glauben, Grie-

chenland einmal nicht im Vordergrund stehen sollte. Es sollte um die Verstärkung der Währungsunion gehen. Aber wie das üblich ist, beschränken sich die Ideen, die guten wie die weniger guten, nicht auf die eigentliche Tagesordnung; mittlerweile ist die Europäische Union von einem solchen Umbaufuror erfasst, dass man nur hoffen kann, die vielen Baumeister verlieren nicht den Überblick und machen keinen neuen Murks.

Wie wird Europa, das laut Hollande „schönste Abenteuer“, nach den Umbauarbeiten aussehen? Wird es stärker sein, wird es künftige Krisen ohne solchen Lärm, Schmerzen und gegenseitige Vorwürfe wie heute durchstehen? Offenbar läuft ein Reformimpuls darauf hinaus, dass die Eurozone ein institutionelles Eigenleben führt; die Nicht-Euro-Länder – einige sind wirtschaftlich alles andere als schwach – kreisen dann wie Satelliten um diesen sogenannten Kern herum. Vielleicht ist diese Entwicklung unvermeidlich. Doch wird sie die innereuropäische Kluft vertiefen. Das ist beinahe zwingend. Es hatte einen guten Grund, warum sich die Kanzlerin lange dagegen gewehrt hatte, den Eurozonen-Kern auszubauen. Denn das treibt die Spaltung voran.

Welches Duell?

Von Jasper von Altenbockum

Wenn der Kampf ums Kanzleramt zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück so gesittet, so laütlos, so behäbig abläuft wie das erste „Duell“ der Kandidaten am Donnerstag im Bundestag, könnte man sich fast schon nach einem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier sehnen, von Sigmar Gabriel ganz zu schweigen. Steinbrück machte nicht den Eindruck, als verspreche er sich einen Vorteil von einer Auseinandersetzung mit der Kanzlerin auf dem Feld der Europapolitik. Seine Erwiderung auf die Regierungserklärung wiederholte die Versatzstücke der bekannten SPD-Kritik, deren roter Faden einst Kohl stürzen konnte, aber nicht Frau Merkel zu Fall bringen wird: Nichts soll ganz anders gemacht werden, aber vieles besser.

Wie leicht darauf zu reagieren ist, zeigte Rainer Brüderle: Steinbrück wisse alles besser, aber nicht, wie man es mache. Für Steinbrück kommt erschwerend hinzu, dass er als Mann der Exekutive schon vieles ganz anders gemacht hat, als er heute vorgibt, aber nicht unbedingt besser als Frau Merkel. Auch das konnte ihm Brüderle vor den Latz knallen, was eine Kostprobe auf den Wahlkampf war. Steinbrück wird auf seinem Spezialgebiet noch öfters daran erinnert werden, dass auch

Finanzwissenschaft und Finanzpolitik sich so verhalten wie Besserwisseri und Geschwätz von gestern.

Doch die Lautlosigkeit der Debatte lässt sich auch als Form der Ernsthaftigkeit deuten. Frau Merks Regierungserklärungen zu Europa eignen sich ohnehin nicht zu temperamentvollen Repliken, weil sie jedem Anlauf dazu den Boden entziehen. Sie sind nicht einmal echte Reden, sondern eben Erklärungen, was die Kanzlerin nicht davor bewahrt, dass ihr selbst vom Bundespräsidenten vorgeworfen wird, sie erkläre ihre Politik nicht in ausreichendem Maße. Nur in Nuancen verschieben sich dabei angesichts des Wahlkampfes die Akzente, wenn es um die „tiefste Krise“ Europas seit Generationen geht, die „größte Herausforderung“ des Kontinents, die vom schönsten seiner Preise, dem Nobelpreis, gewürdigt werde – Superlative, die das Kanzleramt und dessen amtierende Bewohnerin strahlen lassen. Nur in einem Punkt bleibt sich Frau Merkel in all ihren Erklärungen treu: Es mag eine Erklärung für die Krise geben, aber noch nicht für die Lösungen, die eines Tages – vielleicht, hoffentlich, wahrscheinlich – gefunden sind. Für Frau Merks Politikstil ist das kein Problem. Für Steinbrücks sehr wohl.

Scherbengericht

Von Reinhard Müller

Es wäre merkwürdig, wenn ausgerechnet die Geheimdienste vom allgemeinen „Skandalisierungswettbewerb“ ausgenommen wären, den Innenstaatssekretär Fritsche beklagt. Denn immer noch darf man sich über den Verfassungsschutz wundern, dem jahrelang das mörderische Treiben der Terroristen vom „Nationalsozialistischen Untergrund“ nicht auffiel. Auffällig waren und sind Defizite in der Struktur des Verfassungsschutzverbands und personelle Mängel. Es spricht Bände, wenn Fritsche nun darauf hinweist, bis zur Aufdeckung der Terrorzelle habe dieser Verbund nur „rudimentäre Früchte“ getragen. Sinn eines Sicherheitsföderalismus kann es nicht sein, dass dem Bund nur ein Bruchteil der bedeutsamen Informationen zur Verfügung steht.

Im Kampf gegen den islamistischen Terror hat man mittlerweile begriffen, dass Gefahren und Gefährdung sich nicht an den Grenzen von Bundesländern (und auch nicht von Staaten) orientieren. Dass niemand den Überblick hatte und die dünnen Fäden zusammenführte, war ein Grund für die ebenso langjährige wie weitgehend ungestörte Untergrundtätigkeit des „NSU“ – nicht aber ideologische Verbortheit der Beamten. Es kann näm-

lich keine Rede davon sein, dass in allen Bundesländern eine Tat mit rechts-extremistischem Hintergrund überhaupt nicht in Erwägung gezogen worden wäre. Überhaupt sollte die überfällige Aufklärung der Untaten und die ebenso notwendige Debatte über eine Reform der Geheimdienste nicht in ein Scherbengericht über all jene münden, die täglich an der unsichtbaren Front unter hohem Einsatz für die Allgemeinheit schuften. Bei allem berechtigten Nachhaken der Abgeordneten des Untersuchungsausschusses – es ist richtig, dass sich ein hoher Beamter vor Polizei und Verfassungsschutz stellt und daran erinnert, dass V-Leute auch nützlich sein können. Er muss sich aber fragen lassen, was er denn in den fraglichen Jahren als Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz konkret unternommen hat, um bekannte Mängel abzustellen.

Das ist die große Herausforderung nicht nur des Untersuchungsausschusses: einzelne Fehler und die Fehler Einzelner von groben strukturellen Defiziten zu trennen und daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Im Skandalisierungswettbewerb besteht aber die Gefahr, alles, was überprüft wird, auch gleich zu verwerfen.



Briefe an die Herausgeber	16	Deutschland und die Welt	8	Branchen und Märkte	15	Kurse	26
Immobilienmarkt	37	Das Kreuzworträtsel	9	Unternehmen	16	Sport	29
Stimmen der Anderen	2	Zeitgeschehen	10	Markt und Strategie	21	Feuilleton	31
Impressum	4	Wirtschaft	11	Wetter	22	Medien	35
Ereignisse und Gestalten	7	Menschen und Wirtschaft	12	Finanzmarkt	23	Fernsehen und Hörfunk	36

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Abonnenten-Service: 0180 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem dt. Festnetz, aus Mobilfunknetzen max. 42 Cent pro Minute). Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de
Belgien 2,80 € / Dänemark 21 dkr / Finnland, Frankreich, Griechenland 2,80 € / Großbritannien 2,80 £ / Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande 2,80 € / Norwegen 29 nkr / Österreich 2,80 € / Portugal (Cont.) 2,80 € / Schweden 28 skr / Schweiz 4,80 sfrs / Slowenien 2,80 € / Spanien, Kanaren 2,80 € / Ungarn 220ft

STREIFZÜGE

Berlin-Pankow

Rebellion der Rüstigen

In einem Haus mit Garten in der Stillen Straße in Pankow, die ihren Namen zu Recht trägt, unterhielt der Bezirk einen „Freizeittreff“ für Senioren. Bis er beschloss, ihn aus Kostengründen aufzugeben und das Haus zu verkaufen. Im feinen Pankow, wo früher die SED-Granden wohnten, bringen solche Grundstücke durchaus etwas ein, was der klamme Bezirk anderswo gut gebrauchen könnte. Verhandlungen über Ausweichquartiere führten jedoch zu nichts, und so wurden Ende Juni schließlich einige Leute zwischen Ende 60 und 96 zu Hausbesetzern, die „in Berlin weltberühmt“ waren und das sehr genossen. Das Telefon wurde ihnen zwar abgeschaltet, gegen die einbrechende Kälte brachten die Berliner Bundestagsabgeordneten Petra Pau und Stefan Liebich aber kürzlich einen Scheck aus der Kasse des Fraktionsvereins der Linkspartei.

Am Donnerstagabend trat der Finanzausschuss der Bezirksverordnetenversammlung Pankow zusammen und beriet über einen Antrag von SPD und Grünen, der auch das Wohlwollen von Linkspartei und Piraten hat: Mit den Senioren, die das Haus seit über hundert Tagen besetzt halten, soll über einen Mietvertrag bis Ende 2013 verhandelt werden. Bis dahin soll mit dem Wohlfahrtsverband Volkssolidarität ein Erbbaurechtsvertrag für das Haus abgeschlossen sein.

Die Linkspartei war die Schutzpatronin der rebellischen Alten. Der Berliner Vorsitzende Klaus Lederer kochte für sie, der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi bot anwaltlichen Rat und Prominenten-Fürsprache. Liebich, der 2009 den Wahlkreis Pankow direkt gewann, freute sich schon vor der Sitzung des Ausschusses über den „großartigen Sieg der Seniorinnen und Senioren“.

So nahe es liegt, die spätberufenen Pankower Protestler für Mitglieder der ehemals in der DDR herrschenden Klasse zu halten, so deutlich reichte die Sympathie für sie weit über das engere SED-PDS-Linke-Milieu hinaus. Barbara John (74, CDU) etwa, die langjährige und immer noch populäre frühere Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, sieht ihre Generation, die gebildet und wohlhabend wie kaum eine zuvor sei, in der Pflicht, etwas zur Entwicklung eines Bürgerbewusstseins beizutragen. MECHTHILD KÜPPER



Gerontokratie

Heute

Kardinal Woelki preisbewusst
Für die für ihn wie für alle Christen selbstverständliche Achtung aller Menschen will sich der Erzbischof von Berlin nicht auszeichnen lassen. Den Respektpreis 2012 möchte er deshalb nicht haben. **Politik, Seite 4**

Der Tag der Tauben

Vor fünfzig Jahren kam die Welt einem Atomkrieg so nahe wie nie zuvor und niemals wieder. Die Kuba-Krise des Jahres 1962 im Licht alter und neuer Dokumente. **Ereignisse und Gestalten, Seite 7**

Wein an der Grenze

Goethe fand den Wein von Saale und Unstrut abscheulich. Eine Gruppe von Winzern versucht, den Ruf des nördlichsten Anbaugebiets in Deutschland zu rehabilitieren. **Deutschland und die Welt, Seite 8**

Schießerei in der Karibik

Peter D. lebte als Sektenmitglied und selbsternannter Wunderheiler in der Dominikanischen Republik. Dort wurde er nun von Polizisten bei einem Feuergefecht erschossen. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

Wandel durch Handel

Wenn der Präsident klatscht: Was bedeutet der Applaus der Bundesrepublik in der Paulskirche für Friedenspreisträger Liao Yiwu und die deutsche China-Politik? **Zeitgeschehen, Seite 10**

Mit Gütesiegel

Der Bundespräsident hat das Bundesverfassungsgericht besucht – ein Organ, das ihm nicht unähnlich ist und das ihm schon einmal in die Parade fuhr. **Zeitgeschehen, Seite 10**



Wut-Hellenen: Am Donnerstag in Athen

Foto AFP

Griechen demonstrieren gegen „Verelendung“

Schwere Ausschreitungen haben in der griechischen Hauptstadt Athen eine friedliche Demonstration Zehntausender gegen den Sparkurs gesprengt. Rund 500 zum Teil vermummte Demonstranten schleuderten Brandflaschen auf die Polizei. Die Beamten setzten Tränengas und Blendgranaten ein, um Randalierer auseinanderzutreiben. Ein 65 Jahre alter Mann, der friedlich protestierte, erlitt einen tödlichen Herzinfarkt. Mindestens sieben Menschen wurden leicht verletzt, berichtete der griechische Rundfunk.

Über dem Platz vor dem Parlament in Athen lag ein beißender Geruch. Dutzende Menschen flohen in die Nebenstraßen. Die Ausschreitungen dauerten fast zwei Stunden. Mehr als 50 Personen wurden in Polizeigewahrsam genommen.

In Athen und anderen Städten, so in Thessaloniki und auf der Insel Kreta, gingen Zehntausende Menschen auf die Straßen, um gegen das neue Sparpaket der Regierung von 13,5 Milliarden Euro zu demonstrieren. „Wir verelenden“, skan-

dierten einige Demonstranten. Andere warfen die Regierung vor, mit den Sparmaßnahmen das Land ins Chaos zu stürzen. Ministerien, Schulen und zahlreiche Behörden blieben geschlossen. Ärzte behandelten nur Notfälle. Auch der Flug-, Schiffs- und Eisenbahnverkehr war betroffen. Keine Fähre lief aus Piräus aus. Dutzende Flüge mussten abgesagt werden, weil Fluglotsen die Arbeit für drei Stunden niederlegten. Auch die Taxifahrer von Athen traten für neun Stunden in den Ausstand. (dpa)

Fortsetzung von Seite 1

Streit zwischen Deutschland und Frankreich

Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) sagte, das EU-Parlament sei das Parlament des Euros. Alle EU-Staaten außer Großbritannien und Dänemark seien vertraglich verpflichtet, den Euro einzuführen, deshalb sei er für einen Ansatz „27 minus“, worunter er offenbar Abstimmungen ohne die britischen und dänischen Abgeordneten verstand. Der CDU-Abgeordnete Elmar Brok berichtete von einer Tagung der Europäischen Volkspartei in Bukarest, dass es auch in der christlich-demokratischen Parteienfamilie Präferenzen für ein Modell „27 minus“ gebe.

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, der als erster in der Debatte nach der Regierungserklärung sprach, griff Merkel scharf an. Sie habe ein doppeltes Spiel betrieben, indem sie einerseits Koalitionspolitiker gewähren ließe, die Ressentiments gegen die deutsche Zahlmeisterrolle geschürt hätten. Andererseits habe sie sich diese Position nicht zu eigen gemacht, um nicht in Brüssel an Ansehen zu verlieren. Der frühere Finanzminister forderte Merkel auf, die Bürger darauf vorzubereiten, dass sie mehr für die europäische Integration zahlen müssten.

Die Bundeskanzlerin regte an, zeitlich befristet einen neuen Fonds „als neues Element der Solidarität“ in Europa einzurichten. Aus ihm sollten projektbezogenen Mittel überwiesen werden, um Reformen in den EU-Staaten zu unterstützen. Dieser Topf sollte aber nicht nur den Euro-Staaten offenstehen, sondern allen Regierungen, die verbindliche Reformvereinbarungen mit der EU-Kommission schlossen. Sie wolle keine Spaltung der Europäischen Union. Der Fonds könnte aus den Einnahmen der geplanten Finanztransaktionssteuer gespeist werden. Dies werde vielleicht sogar dazu führen, dass mehr als die elf EU-Staaten, die dies bisher angekündigt hätten, die Finanztransaktionssteuer einführen wollten.

Merkel und Steinbrück sprachen sich beide für einen Verbleib Griechenlands in der Währungsunion aus. Merkel warf der Regierung in Athen zwar Reform-Verzögerungen vor, aber zugleich bekräftigte sie ihre Aussage: „Ich wünsche mir, dass Griechenland im Euroraum bleibt.“ Der SPD-Politiker warnte vor einem Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion. „Wenn erst einmal der erste Stein aus diesem Gebäude herausgebrochen ist, werden weitere folgen.“

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle mahnte, es dürfe keine Leistung ohne Gegenleistung geben. „Ein Fass ohne Boden darf es nicht geben.“ Man

werde allenfalls über kleinere Zugeständnisse auf der Zeitschneise mit der griechischen Regierung reden können. „Eine Finanzierung von Reformpausen wird es nicht geben dürfen.“ Der Vorsitzende der Linken-Fraktion, Gregor Gysi, nannte Schäubles Vorstoß, ein Sperrkonto für Griechenland einzurichten, falsch. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen Renate Künast sprach von einer kruden Idee. Der Finanzminister will erreichen, dass die Hilfen der Euroländer nur genutzt werden können, um fällige Schulden zu tilgen, nicht aber, um neue Lücken im Haushalt zu stopfen. So will er eine Insolvenz des Eurostaates ausschließen.

EU löst Preisrätsel

In der EU war schon immer ein Problem, wer eigentlich das Sagen hat. Diese unangenehme Protokollfrage stellte sich jetzt wieder, als es darum ging, wer am 10. Dezember den Friedensnobelpreis in Oslo entgegennehmen soll. Die Brüsseler Führung dachte natürlich zuerst an sich, was aber in den Hauptstädten zu Irritationen führte. Ratspräsident Herman Van Rompuy gab nun bekannt, dass alle 27 Staats- und Regierungschefs zur Preisverleihung fahren sollen. Wenn tatsächlich jeder kommt, wäre die EU mit 30 Spitzenpolitikern vertreten, rechnet man Ratspräsident, Kommissionspräsident und Parlamentspräsident hinzu. Ob der Saal in Oslo für diesen Auftritt groß genug ist, war zunächst nicht zu erfahren. (nbu.)



Eröffnet: Barroso in Brüssel

Foto dpa

STIMMEN DER ANDEREN

Schäubles Plan bringt nicht viel Neues

Die dänische Tageszeitung „Jyllands-Posten“ (Aarhus) meint zu den neuen EU-Reformvorschlägen von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU):

„Wenn es keine einschneidenden Beschlüsse gibt, wird die Wirtschaftskrise aus dem Ruder laufen und zwangsläufig zu dem Tag führen, an dem Deutschland als bisherigem Träger der größten Lasten, die Puste ausgeht. Griechenland muss dann allein außerhalb der EU weitermachen. Dieses Szenario dürfte der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble im Sinn gehabt haben, als er jetzt die Möglichkeit für einen griechischen Konkurs kategorisch zurückwies und die Grundskizze für weitreichende EU-Reformen vorlegte. Sie sollen die Union wieder auf die Beine bringen. Allerdings beinhaltet der Plan nicht viel Neues. Ob etwas daraus wird, hängt vom Willen zum Mitmachen bei Großbritannien ab.“

Der EU droht eine neue Konfrontation

Deutschland und die Niederlande könnten den EU-Gipfel zu einer Konfrontation zwischen Arm und Reich machen, schreibt die niederländische Zeitung „de Volkskrant“:

„Bundeskanzlerin Merkel und Ministerpräsident Rutte widersprechen dem Wunsch ihrer Kollegen aus dem Süden, die Einführung einer EU-Aufsicht über alle Banken der Euroländer zu beschleunigen. ... Da ein solcher Beschluss aber Einstimmigkeit benötigt, wird als Ergebnis des EU-Gipfels nicht viel mehr als eine Wiederholung des Juni-Abkommens erwartet. Die südlichen Län-

der befürchten in diesem Fall bereits neue Unruhe auf den Finanzmärkten und somit höhere Zinsen für ihre Anleihen. Eine europäische Bankenaufsicht und Kapitalspritzen an schwächelnde Banken durch den Notfonds müssen der heutigen Situation, wo wankende Finanzinstitute nationale Staaten in Bedrängnis bringen, ein Ende bereiten.“

Etappegipfel

Die Zeitung „L'Alsace“ aus Mülhausen im Elsass meint zum Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel:

„Um nicht jene zu enttäuschen, die sich in diesen Wirtschaftspolitik echten Fortschritt erhoffen, wird das Treffen vorsorglich als ‚Etappegipfel‘ bezeichnet. Schöner Euphorismus! Die Teilnehmer müssen noch weiter verhandeln, um die Wirtschaftsunion zu stärken ... Und es kann gut sein, dass die deutsche Kanzlerin dem französischen Euro-Optimismus ein Mal mehr eine kalte Dusche verabreicht. Denn eine – selbst teilweise – Umverteilung der Schulden in der Euro-Zone verursacht Angela Merkel immer noch Magengeschwür.“

China ist nicht allein schuld

Zur Kritik an China im amerikanischen Wahlkampf heißt es in der „Neuen Zürcher Zeitung“:

„Während Wahlkämpfer Obama der ‚Werkbank der Welt‘ vorwirft, mit ‚Dumpingpreisen‘ amerikanische Arbeitsplätze zu vernichten, brandmarkt Romney Peking als zerstörerischen Währungsmanipulator. Das ‚China-bashing‘ mag helfen, billige Wählerstimmen zu

gewinnen. Es adressiert aber den Falschen als Sündenbock, ist scheinheilig und kurzichtig, denn das strukturelle makroökonomische Ungleichgewicht, das die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten prägt, ist von beiden während vieler Jahre symbiotisch gehegt und gepflegt worden. Die Vereinigten Staaten gaben sich einem von Konsum getriebenen Boom hin, den China erheblich finanzierte. Die Mittel für den Kapitalexport erwirtschaftete das Reich der Mitte mit Handelsbilanzüberschüssen, was Konsumverzicht erforderte, aber Arbeitsplätze generierte.“

Sieger ist die Demokratie

Die Turiner Tageszeitung „La Stampa“ zieht eine positive Bilanz der Fernsehdebatten im amerikanischen Wahlkampf:

„Die amerikanische Demokratie geht gestärkt aus den Debatten von Barack Obama und Mitt Romney hervor. Die Wähler werden im November eine klare Wahl haben zwischen zwei Männern mit unterschiedlicher Persönlichkeit. Sie unterscheiden sich in ihrer politischen Philosophie, bei den Rezepten für die Wirtschaft und in ihren tiefen Überzeugungen. Nur die Außenpolitik eint sie, denn Romney wird trotz seines Geredes mit China nicht brechen und die Pazifik-Achse nicht verändern. Für die Amerikaner wird es ein Referendum, das ihnen ein deutlicheres Bild bringen wird. Niemand gerät jetzt auf das Klischee zurück, wonach es nutzlos sei zu wählen, weil es doch nichts ändere. Wie bei den Wahlen in Deutschland und Italien im kommenden Jahr werden die Ergebnisse diesmal außerordentlich wichtig sein.“

Weniger Europa wagen

Die britische Regierung will die Zusammenarbeit mit der EU kritisch prüfen. Das ist leichter gesagt als getan.

Von Jochen Buchsteiner

LONDON, 18. Oktober. Wenn britische Politiker und Diplomaten vor kontinentaleuropäischen Zuhörern ihren EU-Kurs erläutern, verbreitet sich meist eine Stimmung freundlichen gegenseitigen Nichtverstehens. Europaminister David Lidington beleuchtete dieses Phänomen bei einem Briefing im Londoner Außenministerium nun mit den Worten, dass auf der Insel „weniger emotional über die EU geredet wird“. Auf dem Kontinent gelte das europäische Einigungsprojekt als eine „selbstverständlich gute Sache“, während dies eben in weiten Teilen Großbritanniens anders gesehen werde.

In Kampflaune ist Lidingtons Chef, Premierminister David Cameron, diesmal allerdings nicht nach Brüssel gereist. Man erwarte kein Drama, da keine Entscheidungen, sondern nur „erste Reaktionen zum Rompy-Bericht“ auf der Tagesordnung stünden. So nutzte Lidington den Moment für Grundsatzbetrachtungen aus britischer Sicht. London glaube an die europäische Zusammenarbeit, versicherte er, sehe die EU aber nicht als einen Block, der alles gemeinsam machen müsse. Was sich für die europäische Zukunft abzeichne, seien „Allianzen auf bestimmten Themenfeldern“. Diese Entwicklung werde begrüßt, denn sie entspreche dem landeseigenen Sinn für Pragmatismus.

Die Regierung in London sieht die Vorteile, die der gemeinsame Binnenmarkt mit sich bringt, auch den Nutzen gemeinsamer Positionen in der Handels- und Außenpolitik. Aber sie wünscht sich mehr Konzentration auf die wirtschaftlichen Herausforderungen durch Asien und Südamerika – vor allem eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit – und weniger Innenschau und Regulierungen. Man akzeptiere, dass die europäischen Partner sich politisch und wirtschaftlich enger verzahnen wollen, aber Großbritannien müsse darauf achten, dass dies nicht den Binnenmarkt und seine Institutionen gefährde.

Entsprechend zurückhaltend äußerte sich Lidington zur diskutierten europäischen Bankenunion. Er verwies auf den „langen Weg“, den die Debatte noch vor sich habe, und vermied Festlegungen. Neben der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungszusammenarbeit wird in der britischen Öffentlichkeit ein weite-

res Feld ausgemacht, auf dem London bald mit Brüssel – und einigen kontinentaleuropäischen Regierungen – die Klänge kreuzen könnte: der nächste EU-Haushalt, gegen dessen Erhöhung Cameron auf dem Gipfel im kommenden Monat kämpfen will. „Das Budget muss reformiert werden“, forderte Lidington am Donnerstag.

London hat im Juli damit begonnen in die entgegengesetzte Richtung zu marschieren: weniger, nicht mehr Zusammenarbeit. Zur Zeit werden alle Verträge zwischen Großbritannien und der EU daraufhin überprüft, ob Kompetenzen auf die nationale Ebene zurückgeholt werden sollen. Am Ende des Prozesses will die Regierung die neu gestalteten Beziehungen zur EU dem Volk zur Abstimmung vorlegen. Viele wünschen sich ein Referendum, aber Cameron wird nachgesagt, er halte sich das Votum in Form einer Parlamentswahl offen.

Weit gediehen ist schon die Entscheidung, aus der rechts- und innenpolitischen Kooperation auszusteigen. Dies sei die „gegenwärtige Haltung der Regierung“, sagte Innenministerin Theresa May Anfang der Woche. Lidington zeigte sich erstaunt darüber, dass der Plan in Brüssel und in Teilen des Kontinents so viel Aufmerksamkeit erhält. Niemand sollte „überrascht“ sein, denn London mache nur von seinem Vertragsrecht Gebrauch, sagte er. In Lissabon hatte sich die damalige Labour-Regierung ausbedungen, dass Großbritannien im Jahr 2014 aus der Justiz- und Polizeizusammenarbeit aussteigen darf. Dafür muss es allerdings alle 130 von ihm eingegangenen Verpflichtungen auf einmal kündigen, darunter den europäischen Haftbefehl und die Mitarbeit in Europol. „Wir haben nicht die Option, einzeln auszusteigen“, sagte Lidington mit einem Anflug von Bedauern. Ziel sei es daher, nach dem Austritt wieder in einzelne Gebiete einzusteigen. Die Regierung ist sich allerdings bewusst, dass die Mitgliedstaaten jedem Einzelantrag zustimmen müssen – und dass ein solches „cherry picking“ nicht zuletzt in Berlin auf wenig Sympathie stößt.

Angesprochen auf den – Bundeskanzlerin Angela Merkel zugeschriebenen – Vergleich der britischen Regierung mit den nörgeligen Opas aus der Muppet-Show reagierte Lidington mit einem lauten Lachen. Jeder könne doch sehen, dass er alles andere als nörgelig sei, sagte er, und hob die „großen Gemeinsamkeiten“ mit Deutschland hervor, über die er sich noch am Vortrag in Berlin habe vergewissern können. Er begann mit dem Aufzählen, blieb dann aber bei der Handels- und der Außenpolitik stehen.

Gesamtiberischer Streik geplant

Gewerkschaften planen Ausstand am 14. November

wie. MADRID, 18. Oktober. Schon zum zweiten Mal in diesem Jahr wollen die spanischen Gewerkschaften im Verbund mit anderen gesellschaftlichen Gruppen einen Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung unter Ministerpräsident Mariano Rajoy organisieren. Nachdem die Führer der beiden größten Gewerkschaften des Landes am Mittwoch in Brüssel dafür die Unterstützung des europäischen Gewerkschaftsbunds erhalten haben, soll der offizielle Beschluss für einen Ausstand am 14. November an diesem Freitag in Madrid verkündet werden.

Die Spanier schließen sich damit den Portugiesen an, deren kommunistische Gewerkschaft CGT für den gleichen Tag schon einen Generalstreik in dem Nachbarland angekündigt hat. Von den südeuropäischen Krisenstaaten könnten sich ferner noch Zypern und Malta an den Protesten beteiligen. Unklar war am Donnerstag, ob Griechenland und even-

tuell auch Italien mitmachen wollen. In Spanien ist es das erste Mal in der demokratischen Geschichte des Landes, dass eine Regierung binnen eines Jahres zweimal mit einer solchen Herausforderung konfrontiert wird. Beim ersten Mal am 29. März richtete sich der eintägige Streik gegen die Reform des Arbeitsmarktes. Er wurde vor allem im öffentlichen Dienst befolgt und führte zu landesweiten Verkehrsstörungen, während das Echo in der Privatwirtschaft nur schwach war. Diesmal sollen die Kundgebungen den allgemeinen „Sozialabbau“ und die Einschnitte im Staatshaushalt für das kommende Jahr anprangern.

Der erste gesamtiberische Generalstreik fällt in Spanien zwischen die Regionalwahlen im Baskenland und in Galicien am Sonntag und den ebenfalls vorgezogenen Wahlen am 25. November in Katalonien. Bislang hatten die Gewerkschaften bei ihren Aktionen eine solche Nähe zu Abstimmungen vermieden.

Offenes Rennen

Zur zweiten TV-Debatte zwischen Präsident Barack Obama und seinem Herausforderer Mitt Romney schreibt die spanische Zeitung „El Mundo“ (Madrid):

„Drei Wochen vor der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten deutet alles auf ein offenes Rennen hin. Obama gewann die zweite Debatte nach Punkten, aber Romney bewies, dass er gehalten werden kann. Die Experten gehen davon aus, dass es bei der Wahl keinen klaren Favoriten geben wird. Dies ist eine schlechte Nachricht für den amtierenden Präsidenten. Nun werden mehr denn je die Stimmen der unentschlossenen Wähler und die sogenannten Swing States – die Bundesstaaten ohne klare Präferenzen – den Ausschlag geben.“

Russische Regierung auf ungewissem Kurs

Zum Abgang des russischen Ministers für regionale Entwicklung, Oleg Goworun, schreibt die Moskauer Zeitung „Moskowski Komsomolez“:

„In der Regierung Medwedew ist das ‚erste Blut vergossen‘ worden. Verletzt von Putins ‚ungerechtfertigter Schelte‘ bestand der Minister für regionale Entwicklung, Oleg Goworun, auf seinem Abschied. Als Minister für regionale Entwicklung war er das fünfte Rad am Regierungswagen. Aber der Abgang des Ressortchefs nach weniger als fünf Monaten im Amt ist ein Symptom der allgemeinen Krankheit des jetzigen Kabinetts. Die Regierung erinnert an ein Schiff, das in halbschweblicher Geschwindigkeit, aber ohne Steuer und Segel auf ungewissem Kurs rast.“

Mit der Kratzbürste an die Teflonschicht

Abwaschbar, mehrfach verwendbar und extrem hitzebeständig: Angela Merkels Euro-Rhetorik stellte Peer Steinbrück bei seinem Einstand als ihr Herausforderer vor eine harte Prüfung.

Von Günter Bannas und Majid Sattar

BERLIN, 18. Oktober

Angela Merkel hat nicht den Eindruck erweckt, sie stelle sich auf eine erste Runde im Kampf mit ihrem Herausforderer ein. Was sich auch immer zuletzt unter den drei Herren abgespielt hatte, die sich bislang Troika nannten und nun in der ersten Reihe der SPD-Fraktion saßen – eingerahmt zwischen Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel der Kanzlerkandidat Peer Steinbrück –, die Kanzlerin schien mit der Gewissheit zu sprechen, das Handeln sei die Sache eines Regierungschefs, das Reden aber die des Oppositionellen.

Also hat Frau Merkel in dieser Euro- und Europa-Debatte des Bundestages gesprochen wie immer bei diesem Thema – mit denselben Analysen, denselben Begriffen und fast denselben Erklärungen. Sie hätte auch nichts anderes tun können. Die Stimmung in den Koalitionsfraktionen ist, was die Hilfen für Griechenland angeht, nicht nach großzügiger Auslegung von Möglichkeiten und nicht nach Nachgeben. Nur mit kleinen Dosen kann es die Bundeskanzlerin schaffen, die Skeptiker in Union und FDP zu überzeugen und damit die Geschlossenheit der Koalitionsfraktionen bei weiteren Abstimmungen über Hilfen für Griechenland – und demnächst vielleicht auch andere Länder – zu organisieren. Dass bei einer Bundestagsabstimmung, voraussichtlich im November, die Fraktionen von Union und FDP eine eigene Mehrheit aufbringen müssen, weiß die Bundeskanzlerin allzu gut – darin nun wieder doch ganz und gar Wahlkämpferin.

Frau Merkel hob wieder die Besonderheit und die Einmaligkeit der europäischen Gegenwart hervor. Von der „schwersten Krise“, von der „größten Bewährungsprobe“ sprach sie, vor der sich die verbündeten europäischen Nationen seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahr 1957 befänden. Dass die Europäische Union in solchen Zeiten der Krise den Friedensnobelpreis erhalten habe, sei auch deshalb eine „wunderbare Sache“. Der Preis sei Ermutigung und Ansporn. „Diese Entscheidung ist so bedeutend, weil sie genau jetzt kommt“, sagte sie. Vor wenigen Wochen noch hätte wohl das ganze Haus, also die Abgeordneten aller Fraktionen, Beifall geklärt. Dass es dieses Mal nicht der Fall war, hing offensichtlich damit zusammen, dass nach Frau Merkel – erstmals nach seiner Kür zum Kanzlerkandidaten

– Steinbrück reden sollte, beziehungsweise reden musste, denn eingeplant hatte Steinbrück diese Rede nicht. Nach früheren Planungen wäre er schließlich noch gar nicht der designierte Kandidat.

Im Bundestag hat sich der Brauch eingebürgert, dass vor jeder Sitzung des Europäischen Rates eine Regierungserklärung abgegeben wird. Da nun aber bei den Beratungen in Brüssel, die wenige Stunden nach der Bundestagsdebatte begannen, keine Entscheidungen zu erwarten waren und weil auch im Bundestag selbst ein maßgebender oder die Regierung bindender Beschluss nicht anstand, blieb es bei Bekenntnissen zur europäischen Integration. „Dieser Euro ist mehr als eine Währung“, rief Frau Merkel. Mit dem Ziel der Überzeugung und des – auch von Bundespräsident Joachim Gauck angemahnten – Erklärens nannte sie den Euro das Symbol europäischer Vorstellungen und europäischen Gedankenguts, in der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und der europäischen Integration. Das tat sie wohl auch in dem Bewusstsein, dass der ihr folgende Redner es in früheren Zeiten stets beklagt hatte, es fehle die große europäische Erzählung. Die Finanzprobleme seien nicht über Nacht entstanden, könnten also auch nicht über Nacht beseitigt werden. Abermals erinnerte Frau Merkel daran, die Krise sei also nicht mit „einem Befreiungsschlag“ zu beseitigen.

Auf zweifache Weise suchte sie – Griechenland im Blick – auf die Skeptiker in den eigenen Reihen einzugehen. „Die Lage in Griechenland ist alles andere als einfach. Es geht zu langsam voran dort. Strukturereformen würden im „Schnecken tempo“ betrieben. Es gebe Korruption. Also gab sie den Kritikern einerseits recht. Doch gebe es eben auch die andere Seite. Es herrsche in der griechischen Regierung der „ernsthafte“ Wille vor, die „Hausaufgaben“ zu machen. Die Reformen verlangten den Menschen in Griechenland viel ab. Frau Merkel ließ abermals keine Unklarheit aufkommen, was sie sich als Ergebnis wünsche und worauf sie hinarbeite. Der Bericht der Troika sei, natürlich, abzuwarten. Aber: „Ich wünsche mir, dass Griechenland im Euro bleibt.“ Und nach dem Troika-Bericht habe der Bundestag zu entscheiden. Sollte heißen: Die Freigabe weiterer Finanzhilfen beschließen. Sie warb mit Hinweisen auf gute Entwicklungen in anderen Euro-Krisenstaaten. Lohnstückkosten seien gesunken, die Industrieproduktion wachse, Haushaltsdefizite würden verringert. Fast mit Begrifflichkeiten der rot-grünen Opposition rief Frau Merkel: „Ja, wir brauchen Solidarität.“ Demokratie, Freiheit, Menschenrechte – das sei Europa. Das sei jede Mühe wert. „Wir werden vorankommen.“ Den Beifall der eigenen Reihen gab es – etwa eine Minute lang.

Kein einziges Mal hatte die Kanzlerin die SPD oder gar Peer Steinbrück persönlich angesprochen. Einmal hat sie sich an die linke Hälfte des Plenums gewandt und den Abgeordneten dafür gedankt, dass sie sich in der Europapolitik immer wieder zusammenraufen und das Richtige und Notwendige beschließen – die Abgeordneten ganz links waren dabei gemeint. Präsidial schwebte sie über dem Kleinklein der Tagespolitik. Steinbrück und die SPD tauchten in ihrer Rede nur



Europäische Erzählung: Steinbrück sophisticated, Rösler und Merkel stoisch Foto Reuters

indirekt auf, gleichsam in der Chiffre: gemeinschaftliche (Schulden-)Haftung. Das sei die „falsche Antwort“, befand sie. Damit stieß die Kanzlerin in die offene Flanke der Partei, die in den vergangenen zwei Jahren mal für, mal gegen Eurobonds war, dann wieder für einen Tilgungsfonds plädierte, um sich im Sommer auf Initiative ihres Vorsitzenden Gabriel und zur Überraschung Steinmeiers und Steinbrücks ein professionales Plädoyer für die Gemeinschaftshaftung zu eigen zu machen.

Was sollte Steinbrück mit dieser Rede, in der er gar nicht vorkam, anfangen? Hier und da hatte er sich während der Regierungserklärung in seinem Redemanuskript

Notizen gemacht. Wen er sich dann vornahm, war zumeist nicht die Kanzlerin des Herbstes 2012, sondern die des Frühjahr 2010 – jene Regierungschefin, die sich anfangs schwer getan hatte mit der Solidarität in Europa, mit dem Erkenntnis, dass es keinen Schuldenabbau ohne Wachstum gebe. Tenor: „Meine Fraktion“ war schon vor zwei Jahren dort, wo die Kanzlerin sich jetzt langsam hin bewegt.

Es dauerte nicht lange, bis Steinbrück sich in den Wahlkampfmodus geredet hatte: Die Kanzlerin treibe ein „Doppelspiel“. Sie wollen die Euroskeptiker in ihren Reihen nicht „verprellen“, aber ihnen auch nicht zustimmen. Den Sommer

über habe sie die Söders, Dobrindts, Rösler und Brüderles mit ihrem Griechenland-Mobbing gewähren lassen. Weder Helmut Kohl noch einer seiner Vorgänger hätten es zugelassen, einen EU-Partner für „innenpolitische Händel“ zu missbrauchen. Am Ende gebe es – „oh Wunder“ – eine 180-Grad-Wende, höhnerte der Kandidat und zitierte die jüngsten Worte des Finanzministers aus Singapur auf seine Weise: „There will be no Staatsbankrott“. Das aber werde mehr Geld kosten: ein drittes Griechenland-Paket oder eine Erhöhung des zweiten – und eine Befassung des Deutschen Bundestages. „Warum, um Himmels Willen, haben Sie so ein Bekenntnis zum Verbleib Griechenlands in der Euro-Zone nicht im Sommer 2010 abgegeben“, fragte Steinbrück.

Messerscharf, wie gewohnt, formuliert er der Kandidat und jeder Absatz seiner Rede wurde mit kräftigem Applaus der Seinen bedacht; dafür hatte man gesorgt. Geschlossenheit sollte demonstriert werden, auch wenn Steinbrücks Angriff nicht an diesem Tag nicht immer einen kohärenten Gedankengebäude entsprang: „Aus einer einseitigen Krisenanalyse folgt eine einseitige Therapie: Sparen, sparen, sparen“, hielt er der Kanzlerin vor. Es folgte der Vorwurf, für den Wachstums- und Beschäftigungspakt habe es „zwei Jahre und 25 Gipfel“ gebraucht. Dann wieder beklagte er bei einem Ausflug in die innenpolitische Diskussion über das Betreuungsgeld: „Es gibt von dieser Bundesregierung keine Vorreiterrolle beim Schuldenabbau in Europa.“

Die ausgemachten Kehtwenden der Kanzlerin wurden so unfreiwillig mit Volten des Kandidaten beantwortet, zuweilen in seinen gefürchteten sprachlichen Bildern: Als Steinbrück Frau Merkel in Anspielung auf ihre doppelte Energieverfrage, wo in ihrer Politik gegenüber Athen „ihr zweites Fukushima“ gewesen sei, ging ein Raunen durch die Regierungsfractionen. Die Angesprochene indes saß stoisch auf der Regierungsbank, meist mit grimmiger Miene, hörte zu, schüttelte schon mal den Kopf, und versuchte mitunter die Worte des Kandidaten ironisch weg zu lächeln: Du machst Wahlkampf, ich fahre gleich nach Brüssel und löse die Probleme Europas, hieß die Botschaft. Der Vorwurf Steinbrücks, sie habe Deutschland in Europa isoliert, schien an ihr abzuprallen.

Da die Kanzlerin dem Kandidaten bei seinem Lieblingsthema – der europäischen Erzählung – den Wind aus den Segeln genommen hatte und mit dem Hinweis, Europa lasse sich nicht mehr nur als Friedensprojekt begründen, es gehe auch um „die Art, wie wir leben“, für ihre Verhältnisse gar mit Pathos formuliert hatte, musste Steinbrück zunächst etwas sagen, das ihm in der Regel nicht leicht fällt: „Ich stimme Ihnen zu“. Das hielt ihn aber nicht davon ab, festzustellen, in Europas Zukunft werde man investieren müssen – so wie man einst in die deutsche Einheit investiert habe. „Das zu erklären ist ihre Pflicht, Frau Bundeskanzlerin.“ Deutschland werde mehr Verpflichtungen übernehmen müssen – „sagen Sie es endlich!“

Die Kanzlerin konnte den Kandidaten ignorieren. Das ist der Vorteil der Regierenden, denn der Kandidat muss sich an der Kanzlerin arbeiten. Dem schroffen „Sagen Sie es endlich“ folgte am Ende eine Art Benotung ihrer Regierungserklärung durch Steinbrück: In Europa müsse die Erfahrung der Regierenden wieder mit den Erfahrungen der Regierten in Übereinstimmung gebracht werden – „Ihre Rede ist dem nicht gerecht geworden“, bilanzierte der SPD-Politiker, dessen Frau Gymnasiallehrerin ist. Das klang wie: Thema verfehlt, Sechs, setzen!

Experimente am Polarkreis

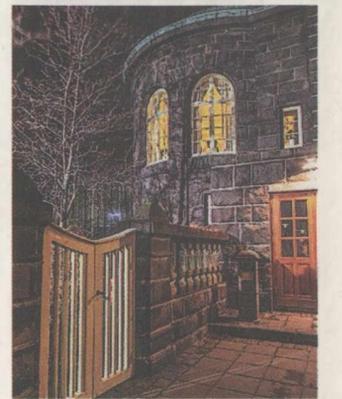
Island stellt nach der Krise die Verfassungsfrage

Von Sebastian Balzter

REYKJAVÍK, im Oktober. Die Krise hat Island experimentierfreudig gemacht. Das gilt nicht nur für wirtschaftliche Fragen, die sich nach dem Zusammenbruch der drei Großbanken der Insel vor vier Jahren zwangsläufig stellten und mit deren Abwicklung auf Kosten ihrer ausländischen Gläubiger beantwortet wurden, sondern auch für die politische und juristische Aufarbeitung des Fiaskos. Nie zuvor sind so viele Isländer im Protest auf die Straße gegangen wie in jenen Wochen, als die Insel am Rand des Staatsbankrotts taumelte. In keinem anderen Krisenland stürzte eine Regierung direkt über ihre Verflechtungen mit der Finanzbranche. Zum ersten Mal in der Geschichte der Republik wurde ein Sondergericht eingesetzt, vor dem sich der zurückgetretene Ministerpräsident verantworten musste. Gegen die Verantwortlichen in den Banken und Behörden ermittelt ein mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteter Sonderstaatsanwalt. Über die Kompensation niederländischer und britischer Kunden einer der untergegangenen Banken entschieden die Isländer per Referendum, zweimal fiel das Votum negativ aus. Am Samstag steht auf diesem bemerkenswerten Weg zur Krisenbewältigung nun der nächste Schritt an: Die Wahlberechtigten sind zur Abstimmung über eine neue Verfassung aufgerufen.

Aus 25 Männern und Frauen bestand das Gremium, das den Text dafür entworfen hat. Vor zwei Jahren wurden sie direkt gewählt, weder Parteienproporz noch Berufspolitikertum sollten dominieren. Mehr als 500 Kandidaten stellten sich zur Wahl. Der Politikwissenschaftler Eirikur Bergman landete auf Platz elf. „Neue Verfassungen werden fast ausschließlich nach tiefen Krisen verabschiedet“, sagt er über den langwierigen Prozess, der im Winter der Krise von den Demonstranten angestoßen und von der bald danach gewählten Mitte-links-Regierung zum Programm erhoben wurde. Abgeschlossen wird das Verfahren auch mit dem Referendum noch nicht sein, denn es hat nur einen konsultativen Charakter. In Kraft tritt die neue Verfassung selbst nach einem entsprechenden Ergebnis der Volksabstimmung nur dann, wenn ihr auch das Parlament, eventuell nach Änderungen, in zwei aufeinanderfolgenden Legislaturperioden zugestimmt hat. Das könnte frühestens nach den Parlamentswahlen im kommenden April geschehen.

Neben dem Gesamttext stehen nun die fünf von Bergman und seinen Kollegen vorgeschlagenen Einzelpunkte gesondert zur Abstimmung, die besonders strittig sind: die Abschaffung der Staatskirche, die Reform des Wahlrechts zu Lasten der Parteivorstände und der bislang bevorzugten Wahlbezirke im ländlichen Raum, die Beschneidung der Vetorechte des Präsidenten, die Überführung der Energiequellen in unveräußerliches Volkseigentum und die Neuordnung des Quotensystems in der Fischerei.



In Reykjavik: Das Parlament Foto Corbis

„Die Quotenfrage ist die Schlacht um Island“, sagt Bergman. Denn die in den achtziger Jahren vorgenommene Privatisierung der Fischfangrechte hat viele in der einflussreichsten Branche des Landes sehr reich gemacht, die nun eine Korrektur für Teufelszeug halten. Damals sei genauso Vetterwirtschaft betrieben worden wie zwei Jahrzehnte später bei der Privatisierung der Banken, wettet der Professor in seinem Büro am Hafen von Reykjavik.

Am anderen Ende der Stadt, in der martialisch „Walhalla“ genannten Zentrale der konservativen Unabhängigkeitspartei, will Bjarni Benediktsson von diesem Vorwurf nichts wissen. „Wir brauchen keine neue Verfassung“, sagt der mit smarter Rhetorik und eleganten Anzügen auftretende Parteivorsitzende. „Wir brauchen neue Arbeitsplätze.“ Dass die Fischbranche seit jeher zu den Geldgebern seiner Partei zählt, erwähnt er nicht. Und dass es sein direkter Vorgänger war, der vor vier Jahren so lange mit rohen Eiern und faulen Tomaten beworfen wurde, bis er zurücktrat, wird nach Ansicht der Meinungsforscher für die Wahlentscheidung der meisten Isländer im April nicht mehr maßgeblich sein. Benediktsson hat gute Aussichten, der nächste Ministerpräsident des Landes zu werden, das Referendum am Samstag ist eine Art Generalprobe dafür. Es könnte das Ende einer kurzen Ära der Experimente einläuten.

Sehnsucht nach dem Milliardär

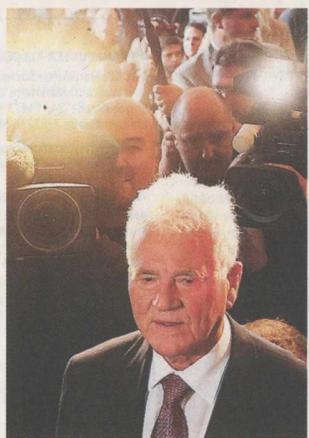
Der Unternehmer Frank Stronach mischt die österreichische Parteienlandschaft auf – bislang mit Erfolg / Von Stephan Löwenstein

WIEN, 18. Oktober. Der Blick von der Terrasse des Fontana-Restaurants geht auf ein in der Herbstluft klar umrissenes Bergpanorama. Die Landschaft im Vordergrund ist dagegen so natürlich, wie es Golfplätze und angelegte Weiher eben sind. Frank Stronach, der in Kanada mit einem Autoteile-Zulieferer sein Vermögen gemacht hat, hat seit den neunziger Jahren die Anlage mit Wohnhäusern und Club nach dem Vorbild amerikanischer eingezäunter Siedlungen im niederösterreichischen Oberwaltersdorf, etwa eine halbe Stunde südlich von Wien, aufbauen lassen. Und in ganz ähnlicher Weise hat Stronach sich nun darangemacht, eine eigene politische Formation in die österreichische Parteienlandschaft zu stellen.

Der Ansatz zeigt sich schon im Formalen. Stronach sammelt nicht Unterschriften, um seine Partei zur Nationalratswahl in einem Jahr anzumelden. Sondern er hat Politiker, die bereits einen Sitz im Parlament haben, dafür gewonnen, bei ihm anzuheuern. Drei Abgeordnete reichen aus, um eine Partei anzumelden. Den fünften Überläufer hat das „Team Stronach“ in der vorigen Woche präsentiert. Vier kommen aus dem BZÖ, der Freiheitlichen-Abspaltung des verstorbenen Jörg Haider, einer aus der SPÖ. Man sei zuversichtlich, sagen die Stronach-Leute, dass noch weitere Mandatsträger aus dem BZÖ hinzustoßen würden. Fünf aus derselben zum Zeitpunkt der letzten Wahl „wahlwerbende Partei“ könnten dann schon einen Parlamentsklub bilden, also eine Fraktion mit allen Privilegien, die damit verbunden sind. Dazu gehört ein Anspruch, in Sendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens gleichrangig mit den anderen berücksichtigt zu werden.

Wie die Abgeordneten zum Übertritt

bewogen wurden, ist umstritten. Scharf verwarft sich das „Team Stronach“ gegen Anschuldigungen, sie seien „gekauft“ worden; sogar schon bei Fragen danach wird mit juristischen Mitteln gedroht. Abgeordnete, die beim BZÖ verblieben sind, geben an, ihnen seien von Stronach hohe Summen – von bis zu einer halben Million Euro ist die Rede – für einen Übertritt geboten worden. Das BZÖ hat daher Strafanzeige wegen versuchter Bestechung gestellt. Der frühere BZÖ-Abgeordnete Robert Lugar, der als künftiger Frontmann eines Stronach-Parlamentsklubs auftritt, hat das bestritten. Geld erhielten nur Privatleute ohne Mandat, die ihren Beruf aufgeben müssten, um künftig für Stronach zu kandidieren.



„Team“-Führer: Stronach Foto Reuters

Ohnedies gibt es eine Lösung, die einen Übertritt für Abgeordnete attraktiv machen könnte. Sie lautet politische Perspektive. Während sich das BZÖ derzeit mühsam von einem demoskopisch gemessenen Zwei-Prozent-Tief erholt und immer noch bedrohlich an der in Österreich geltenden Vier-Prozent-Hürde steht, werden der Stronach-Partei derzeit zweistellige Ergebnisse verheißen. Auch von der FPÖ könnte sie laut Umfragen in beträchtlichem Maß Wähler abziehen, ebenso von den anderen Parteien.

Worin inhaltlich die Attraktivität der Stronach-Partei liegt, ist schwieriger auszumachen. Der Patriarch hat es bisher weitgehend vermieden, sich auf Positionen festzulegen. Stronach will binnen fünf Jahren zu einem einheitlichen Steuersatz von 25 Prozent kommen – wie, das lässt er offen. Ein „Weisenrat“ aus unabhängigen Experten solle bis April ein Programm dazu vorlegen. Selbst hervorgetreten ist Stronach mit einer Vorschlag zu: Zukunft des Euro, der auch bei detaillierter Nachfrage, gelinde gesagt, wenig praxistauglich erscheint; im Gespräch mit dieser Zeitung bezeichnet er ihn denn auch nur noch als „Idee, über die man diskutieren soll“. Stronach will zwar keine Rückkehr zu Schilling und Mark, aber „dass jedes Land seinen eigenen Euro hat mit einem flexiblen Wechselkurs. Der deutsche Euro würde vielleicht 1,1 bewertet werden, der griechische 40 Cent, der italienische 80, der österreichische auch 100“. Stronach gibt sich überzeugt: „Wenn wir einen österreichischen Euro hätten, dann würde unser Euro schnell aufsteigen – wenn wir in der Regierung sind.“ Nach seinen Vorstellungen könnte man also die österreichische Münze trotz unterschiedlicher Bewertung ebenso auch in Deutschland ausgeben wie die

griechische. „Du hast es jetzt in kleiner Schrift draufstehen. Das würde dann groß draufgedruckt. Das würde überall ausgegeben werden können. Du brauchst nicht wechseln.“ Den Einwand, dass doch unmöglich jedes Geschäft 17 Kassen für die verschiedenen Euros bereithalten könnte, wischt Stronach beiseite: „Das hast du heute überall. Du kannst auch in Dollar sofort alles überall kaufen. Wir sind so weit fortgeschritten mit der Technik.“ Bei jedem kleinen Bäcker? „Da zahlst du mit deiner Kreditkarte. Das ist technisch kein Problem.“

Nun sollte man meinen, derlei Vorstellungen würden es seinen politischen Gegnern leichtmachen, Stronach anzugreifen nach dem Motto, da sehe man ja, wann er zuletzt selbst beim Bäcker gewesen sei. Doch ist die Zustimmung, die er erfährt, vorerst ungebrochen, trotz vieler unkonventioneller Auftritte und nahezu durchgehend kritischer bis hämischer Kommentare in der Presse. Vielleicht sogar eher gerade deswegen. Beim Publikum hat sich offenbar ein großer Verdruss über die bisher zum Angebot stehenden Parteien breitgemacht. Man trifft eingefleischte ÖVP-Anhänger, ja sogar Mitglieder, die freiheraus sagen, das Land und auch ihre Partei bräuchten „einen Stronach“.

Der ÖVP-Vorsitzende und Außenminister Michael Spindelegger wird als respektabel, aber schwach angesehen. Als er im August eine Personalrochade anstrebte, ist der Versuch von den verschiedenen Mächten in der ÖVP schon im Keim erstickt worden. Der SPÖ-Vorsitzende und Bundeskanzler Werner Faymann ist ebenfalls ein Politiker ohne viele Ecken und Kanten. Auf einem Parteitag am vergangenen Samstag erhielt bei seiner Wiederwahl ein historisch niedriges Ergebnis von 83 Prozent. Faymann vermutete die

Ursache dafür in der Europolitik. Doch dürfte mehr sein. Ausweichen vor jeder Art von kontroverser Debatte zum Verdruss seiner Partei geführt haben. Er vermied einen Auftritt vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, wo er über seine Praxis, Inserate zu vergeben, aussagen sollte, und schickte sogar für die Weigerung andere vor.

Auch Stronach muss sich indes Fragen nach seinen persönlichen Verhältnissen gefallen lassen. Etwa, wo er Steuern zahlt und warum er einen Wohnsitz im Schweizer Kanton Zug hat, der laut Schweizer Medien nicht sehr bewohnt aussieht. Er sagt dazu: „Ich bin in vielen Ländern tätig. Ich bin ein großer Fisch, jeder will ein Stück haben. In Österreich ist mein Einkommen so ungefähr zwei Millionen. In der Schweiz habe ich keine Investitionen, ich habe dort ein Büro, und da zahle ich relativ wenig Steuern. In Kanada zahle ich die meisten Steuern. Aber Kanada ist privat. Ich sage alles, was mit Österreich zu tun hat.“ Im entscheidenden Punkt bleibt er unkonkret – die Kritik lautet ja nicht, dass er in der Schweiz gemeldet sei, um viele Steuern zu entrichten.

Obwohl auch Stronach Festlegungen vermeidet, versucht er sich als moralisches Gegenbild zu den anderen Parteien darzustellen. Schon durch die Begrifflichkeit: „Ich bin kein Politiker. Ich setze eine Bewegung in Bewegung.“ Auf die Frage, wie lange die Bewegung benötigen werde, bis sie ohne den Treibstoff des Milliardärs auskommen kann, antwortet er wieder ausweichend und mit dunklen Revolutionswarnungen: „Man sagt, eine gute Idee wird sich immer durchsetzen. Aber das dauert seine Zeit. Wenn ein Wald niederbrennt, dann wächst das alles wieder neu. Aber in einem zivilisierten Land sollte man das vermeiden.“